

Kommentare. Berichte. Analysen.

**BDS.**

www.bds-dgv.de

Juni 2017

# Der Selbständige

Offizielles Organ des Bundesverbandes der Selbständigen e.V.



Großabnehmerrabatt  
**ABRUFSCHEIN**  
Sonderkonditionen  
für Neuwagen  
der Marke Toyota  
*Seite 11*



BDS-Regional  
**INTERVIEW**  
Dr. Hans-Ulrich Rülke zur  
GKV-Beitragsbemessung  
für Selbstständige  
*Seite 14*



## Raffelhüschens Schockprognose

Finanzexperte befürchtet 900 Milliarden Euro Staatsausgaben und kritisiert Rente mit 63 als „ausgemachte Dummheit“





**BranchenLösungen**  
leben.

Branchen im Fokus.

**Betriebliche Altersversorgung – individuelle Lösungen für Ihre Branche im Fokus.**

**Sie sind Arbeitgeber?**

Und wollen Ihren Arbeitnehmern eine betriebliche Altersversorgung anbieten, die sowohl die Belange Ihrer Branche berücksichtigt als auch attraktiv ausgestaltet ist? Dann entscheiden Sie sich für die Allianz. Gestalten Sie mit uns gemeinsam den perfekten Rahmen für die Vorsorge Ihrer Mitarbeiter.

**Sie sind Arbeitnehmer?**

Und wollen eine attraktive Betriebsrente? Eines steht fest: Mit der Allianz an Ihrer Seite haben Sie einen starken Partner, der Sie beim Aufbau Ihrer individuellen Altersvorsorge gemeinsam mit Ihrem Arbeitgeber unterstützt.



Alle Vorteile unter:  
[business.allianz.de/branchenloesungen](https://business.allianz.de/branchenloesungen)



# Draghis Götterdämmerung – oder: Wenn der Zukunftsfaden reißt...

von BDS-Präsident Günther Hieber

„Weißt Du, wie das sein wird...“ Wer sich etwas in der germanischen Mythologie auskennt, weiß, dass dies die Schicksalsfrage der drei Nornen ist. Diese Schicksalsgöttinnen spinnen die drei Schicksalsfäden Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft. Bei Richard Wagners „Götterdämmerung“ rissen die Schicksalsfäden und die Folge war der Fall der Götter – die Welt stürzt in die Nacht der Vernichtung. Nun, ganz so dramatisch will ich den Zeitbezug zur heutigen Schicksalslage nicht darstellen, aber es sind schon Fragen nach einer beherrschbaren Zukunft angebracht. Nehmen wir, wie es für den BDS als Wirtschaftsverband angemessen ist, die Wirtschafts- und Finanzpolitik zum Anlass einer Bestandsaufnahme.

## Europa geht am Stock

Ohne Zweifel sind die Schicksalsfäden bereits aufs Äußerste gespannt. Die Finanzen hängen am Tropf, Europa geht am Stock, wobei Gehen für die Südstaaten geradezu eine schmeichelnde Feststellung wäre. Das ganze Gefüge wird nur noch durch eine permanent rotierende Europresse im Volumen von 60 Mrd. monatlich zusammengehalten. Auf diese Weise gelingt es Mario Draghi, dem EZB Chef, einen Exitus von Staaten wie Griechenland, Spanien, Portugal, Italien, Frankreich zu verzögern, weil nur durch seine Nullzinspolitik die Zinslast in erträglichem Rahmen gehalten und der Staatsbankrott vermieden werden kann. Die durchaus lautere Absicht Draghis (bei wohlwol-

lender Betrachtung) war, durch frisches Geld Investitionen zu befeuern, um die maroden Staaten wirtschaftlich aufzupäppeln. Der Erfolg wäre dann ein Doppelter geworden. Zum einen würde eine anspringende Wirtschaft die horrenden Arbeitslosigkeit vermindern und eine moderate Inflation die real zu leistenden Rückzahlungen entwerten. Von dieser „Win-win-Situation“ sind wir Welten entfernt. Man muss die Intention des EZB Präsidenten schon als weltfremd apostrophieren.

## Ausweitung der Schulden

Was ist passiert? Statt Investitionen vorzunehmen und durch Anpassungen erforderliche Strukturreformen durchzuführen, wurden die billigen Kredite zur Ausweitung der Schulden verwendet. Gerade Italien ist ein Musterbeispiel für diese Entwicklung. Im Zeitraum 2006 bis 2016 stieg die Staatsverschuldung von 1588 auf 2214 Mrd. Ohne erkennbare Investitionstätigkeit. Stattdessen floss das Geld in Aktien und Immobilien, insbesondere

auch ins Ausland (Deutschland), das im Falle eines Auseinanderbrechens der Eurozone als sicherer Hafen gilt. Erkennbar wird dies an den sogenannten Targetalden. Dies sind Forderungen/Verbindlichkeiten, die im Zahlungsverkehrssystem der EZB für die Bundesbank entstehen. Von den momentan bestehenden Forderungen der Bundesbank in Höhe von 814 Mrd. Entfallen 386 Mrd. auf Italien. Nehmen wir noch den Anteil Deutschlands am ESM mit rund 200 Mrd. an, so wird ersichtlich, dass bei einem Auseinanderbrechen der Eurozone für Deutschland ca. 1000 Mrd. im Feuer stehen, wenn dieser Schicksalsfaden reißt.

## Fatale Lage für Gläubiger

Manchmal ertappe ich mich bei dem Gedanken, das Konstrukt Draghis seien „postfaktische Reparationszahlungen“, weil die Gläubiger aus dem Zweiten Weltkrieg diese Schulden unmöglich zurückzahlen können. Schauen wir uns aber auch einmal die andere Seite der Null-

zinspolitik an. Für Finanzminister Schäuble ist die Nullzinspolitik eine feine Sache, erspart er sich auf diese Weise eine Zinslast von rund 80 Mrd. pro Jahr. So kann man sich bei einem Haushaltsvolumen von 329 Mrd. bequem zurücklehnen. Fatal ist die Lage aber auf Gläubigerseite. Nach einer Umfrage der ING Diba seien 39 Prozent der europäischen Bürger von der Nullzinspolitik frustriert. Nullzinsen bedeuten, dass Pensionsfonds, Lebensversicherungen, Spareinlagen und Festgeld nicht mehr ohne Gefährdung des Kapitalstocks Auszahlungen vornehmen können.

## Fehlsteuerung von Ausgaben

Hier besteht ein großes Risiko gerade für die sogenannte Mittelschicht, die in Eigenregie für die spätere Rentenphase vorsorgt. Wenn bei einer Rentenplanung mitten in der Laufzeit die Versorgungsparameter „kippen“, ist für das Alter nichts mehr zu retten. Für ein Umsteuern ist es zumeist zu spät, ein Absinken in die Altersarmut ist vorprogrammiert. Es bedarf keiner besonderen Erwähnung, dass in dieser Mittelschicht gerade viele Selbstständige anzutreffen sind. Wenn dieser Zukunftsfaden reißt, weil der Staat durch Fehlsteuerung von Ausgaben oder bei der Verminderung der Abgabenlast versagt, wird eine stetig wachsende Unzufriedenheit das aktuelle Parteiengefüge mehr als kräftig durchrütteln. Nicht heute, nicht morgen, aber schleichend. Ein Blick in die europäischen Nachbarstaaten zeigt diese Tendenz klar auf... wie das wird. ■

## Günther Hieber

ist sowohl Präsident des BDS Baden-Württemberg als auch Präsident des Bundesverbandes der Selbständigen





# Strom-Rechnung: Immer komplizierter und teurer!

von Staatssekretär a. D. Friedhelm Ost

Bereits vor Jahrzehnten gab der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt zu, dass er sich schwer tat, die Rechnung über seinen Stromverbrauch zu verstehen. Vielen Millionen Bürgerinnen und Bürgern, die in der jüngsten Zeit von ihren Energielieferanten die Jahresabrechnung 2016 und gleichzeitig die voraussichtlich fälligen Zahlungen für 2017 mitgeteilt bekommen haben, ist es gewiss ähnlich ergangen wie dem früheren Chef der Bundesregierung.

Da ist in der Anlage zur Stromrechnung irgendwo versteckt der Grundpreis für die Kilowattstunde zu finden – mit etwa 20,1 oder 22,09 Cent/kWh oder auch noch mehr. Multipliziert mit dem Gesamtverbrauch ergibt sich dann der durchaus nachvollziehbare Gesamtkostenbetrag.

## Vom EEG bis zur Lasten-Umlage

Doch der Teufel steckt auch hier wahrlich im Detail, denn der Stromkonsument zahlt eben nicht nur den Preis für den erzeugten Strom aus Kernenergie, Erdgas, Kohle und Erneuerbaren Energien, obwohl ihm immer wieder per Werbung mitgeteilt wurde, dass die Sonne oder der Wind keine Rechnung schickt.

Eine lange Liste ist da nachzulesen: Für die Stromsteuer sind 2,05 Cent/kWh zu zahlen, für die 2017 erhöhte EEG-Umlage gar 6,88 Cent, für die KWK-G-Umlage mit 0,438 Cent etwas weniger als im Vorjahr, für die Sonderkundenabgabe 0,388 Cent, für die Lasten-Umlage 0,006 Cent und für die Umlage für abschaltbare Lasten.

Diese Belastungen summieren sich im laufenden Jahr auf 9,734 Cent/kWh (2016: 9,267



Cent/kWh). Auf die komplexe Stromrechnung kommen dann noch 19 % Mehrwertsteuer.

## Entgelte für alles und jedes

Doch das ist eben noch immer nicht das Ende der Fahnenstange: Denn zu zahlen hat der Verbraucher auch ein Entgelt für den Messstellenbetrieb, also für den Ein- und Ausbau sowie Betrieb und Wartung des Stromzählers, für den Netz-Transport und die Verteilung der Energie, für die Konzessionsabgabe, die die Gemeinden für die Mitbenutzung von öffentlichen Verkehrswegen durch Versorgungsleitungen kassieren, sowie schließlich

Entgelte für die Erfassung des Energieverbrauchs.

## Preisaufrieb ohne Ende!

Die immer wieder so gepriesene Energiewende treibt die Stromrechnung immer weiter in die Höhe. Das wird in den nächsten Jahren so weitergehen – vor allem wenn neue Stromtrassen gebaut werden müssen, die viele Milliarden kosten werden. Diese sollen vorwiegend unterirdisch verlaufen, da viele Zeitgenossen Front gegen Überlandleitungen machen und die verantwortlichen Politiker diesen Forderungen folgen. Dass solche Leitungen, die in den Boden

verlegt werden, einen tiefen Einschnitt in die Landschaften bringen, wurde bislang noch gar nicht erörtert. Dass sie jedoch ein Mehrfaches im Vergleich zu Überlandleitungen kosten werden, ist so sicher wie das Amen in der Kirche.

Kaum ein Energiewende-Politiker mag darüber offen reden. Doch sicher ist schon jetzt: Die Kosten dafür werden vor allem die privaten Haushalte auf ihrer Stromrechnung wiederfinden. So könnten alle Bemühungen, die Stromerzeugungskosten – etwa bei Offshore-Windanlagen deutlich zu senken – und über Ausschreibungen mit mehr Wettbewerb zu günstigeren Strompreisen zu kommen – zu nichts gemacht werden.

Die Energiewende, die schon jetzt pro Jahr weit über 30 Mrd. Euro kostet, ist ohne Zweifel das teuerste ökonomische Abenteuer Deutschlands. Zudem lassen sich damit allein die großen Klimaziele nicht erreichen. Und die Versorgungssicherheit könnte auch noch in Gefahr geraten, denn das bisher so gepriesene und geforderte Spektrum der Erneuerbaren ist einfach falsch gewendet. An Land weht eben oft genug kein Wind und selbst in Bayern scheint nachts auch keine Sonne. So müssen noch lange Zeit vor allem Kohle- und Gaskraftwerke für die Sicherheit der Stromversorgung erhalten – mit Kapazitäten, die wegen der diskontinuierlichen Nutzung besonders teuer sind. Die Zeche dafür müssen letztlich die privaten Haushalte zahlen. Da wird die Freude über die Energiewende mehr und mehr getrübt, da sie immer größere Löcher in die Haushaltskasse reißt. ■

## Friedhelm Ost

leitete die ZDF-Wirtschaftsredaktion, bevor er unter Helmut Kohl Regierungssprecher und schließlich CDU-Abgeordneter im Bundestag wurde.

Heute ist Ost weiter als Journalist sowie in der Politik- und Wirtschaftsberatung tätig.





Anzeige

# FÖRDERUNGSGESELLSCHAFT des BDS-DGV mbH

Ihr kompetenter Partner im Beratungsprogramm  
„Förderung unternehmerischen Know-hows“

Ausführliche Informationen im Internet unter [www.foerder-bds.de](http://www.foerder-bds.de) oder  
telefonisch unter **0228/210033**



# Ausgemachte Dummheit

Sozialversicherungsexperte Bernd Raffelhüschen kritisiert die Rente mit 63 und die Mütterrente als gravierende Fehler der Bundesregierung



**P**rofessor Dr. Bernd Raffelhüschen gilt in Fachkreisen als der Sozialversicherungsexperte schlechthin. Die Forschungsschwerpunkte des Professors für Finanzwissenschaft an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg liegen in den Bereichen der Sozial- und Steuerpolitik – insbesondere der Alterssicherung, der Gesundheitsökonomie und der Pflegevorsorge. In der Tradition der „Freiburger Schule“ stehend vertritt Raffelhüschen eine liberale Auffassung bezüglich der Reform des deutschen Rentensystems. Seine Forschungsergebnisse fanden ihre Würdigung, indem Raffelhüschen in die Rürup-Kommission berufen wurde.

Da die Beiträge zur Rentenversicherung fast hälftig durch den Arbeitgeber getragen werden, ist es für eine Organisation wie den BDS von immensm Interesse, zu erfahren, mit welchen zusätzlichen finanziellen Belastungen bei den Lohnzusatzkosten ein mittelständischer Unternehmer künftig zu rechnen hat. Um dies zu eruieren, trafen sich Rita Seiler und BDS-Vizepräsident Hans-Peter Murmann mit Professor Bernd Raffelhüschen in dessen Freiburger Büro.

### **Tickende Zeitbombe**

Um zu verhindern, dass die Sozialkassen zu einer tickenden Zeitbombe werden, plädiert Raffelhüschen zunächst grundsätzlich für ein höheres Renteneintrittsalter, da sich die Lebenserwartung – statistisch gesehen – immer weiter verlängert. Das bedeute – so Raffelhüschen weiter –, dass künftig länger gearbeitet werden muss. „Man kann nicht jeden Tag, den man länger lebt, als einen Tag länger in Rente verbringen.“ In den 60er Jahren habe man für ein Jahr Rentenbezug viereinhalb Jahre lang gearbeitet. Heute müsse man für ein Jahr Rentenbezugszeit nur noch zwei Jahre arbeiten, unterstrich Raffelhüschen. Daher halte er den Vorschlag von Bundesfinanzminister Schäuble, der sich dafür ausgesprochen hatte, das Renteneintrittsalter an die durchschnittliche Lebenserwartung zu



koppeln, für einen sinnvollen Weg, betonte Raffelhüschen und bezeichnete in diesem Zusammenhang die Rente mit 63 und die Mütterrente als eine „ausgemachte Dummheit“.

### **Einseitige Belastung**

Sollte die Politik jedoch der Forderung nach einem höheren Rentenniveau nachgeben, würden künftige Beitragszahler einseitig belastet, befürchtet der streitbare Finanzwissenschaftler. Auch wer die Beibehaltung des heutigen Rentenniveaus fordere, beseitige keine Altersarmut, hebt Raffelhüschen hervor, weil nach seinen Berechnungen ab dem Jahr 2040 die Beitragszahler voraussichtlich fast 27 Prozent ihres Einkommens in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen müssten.

Stattdessen will der Finanzwissenschaftler das Rentenniveau weiterhin an die Geburtenrate jeder Generation knüpfen. Nur dann könnten die Beiträge konstant gehalten werden, prognostiziert Raffelhüschen.

Besonders interessierte Rita Seiler und Hans-Peter Murmann

Raffelhüschens Einschätzung zu den Plänen, auch Selbstständige in die gesetzliche Rentenversicherung zwangszu verpflichten.

Der Rentenökonom positioniert sich eindeutig: „Mittelständische Unternehmer haben ihre Alterssicherung selbst zu organisieren.“ Auch das Argument der Liquiditätsverbesserung bei den Rentenkassen, wenn Selbstständige und Beamte zur Beitragszahlung verpflichtet werden, will Raffelhüschen nicht gelten lassen. Den Mehreinnahmen stünden dann weitere Ansprüche auf eine staatliche Rente gegenüber. Mit einer Rente für alle würden die zukünftigen Finanzierungsprobleme nicht entschärft, sondern vergrößert werden. Besonders „schwachsinnig“ sei das Liquiditätsargument, wenn es um die Einbeziehung von Beamten gehe, weil der „Beamtenapparat“ in Deutschland völlig überaltert sei. Beamte in Rentenversicherung zu integrieren, heiße für ihn nichts anderes, „als die Handgranate, die heute als Pensionslast auf den Länderhaushalten liegt, der Rentenversicherung in den Schoß zu schmeißen“.

### **„Schimäre“ Altersarmut**

Auch zum Thema „Altersarmut“ hat Bernd Raffelhüschen seinen eigenen Kopf. Die Altersarmut sei eine „Schimäre“, sagt Raffelhüschen mit Blick auf einen Bericht des Westdeutschen Rundfunks, in dem behauptet wurde, die Altersarmut betreffe inzwischen rund 50 Prozent der Bevölkerung. Für ihn seien viele Journalisten, die über Rente oder Altersarmut schrieben, unterbelichtet, wenn es um Statistik gehe, und hätten ihr Abitur wohl nur mit dem Leistungskurs Gemeinschaftskunde bestanden, nicht aber mit Mathematik. Tatsächlich liege die Altersarmut in Deutschland laut Statistischem Jahrbuch bei gut drei Prozent und nicht bei 50 Prozent. Natürlich werde es immer einen Sockel von Armen geben, resümierte Raffelhüschen. „Aber es gibt viel weniger arme Alte als arme alleinerziehende Mütter oder Niedrigverdiener mit vielen Kindern.“ A.S. ■

„Man kann nicht jeden Tag, den man länger lebt, als einen Tag länger in Rente verbringen.“



---

**D**er Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses des Deutschen Bundestages, Dr. Peter Ramsauer, hat in einem DS-Gespräch die Kosten der Flüchtlingspolitik auf 30 000 Euro pro Flüchtling und Jahr berechnet. Ramsauer geht von einer Summe von insgesamt 180 Milliarden Euro aus, wobei er die Integration der Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt innerhalb von sechs Jahren zugrunde gelegt hat. Professor Bernd Raffelhüschen beziffert die Kosten – bezogen auf den gleichen Zeitraum – für den deutschen Steuerzahler dagegen auf 900 Milliarden Euro.

**?** Welche Fakten haben Sie Ihren Berechnungen für diese exorbitant hohe Summe zugrunde gelegt?

**Bernd Raffelhüschen:** Meinen Berechnungen liegen sämtliche Staatsausgaben, wie zum Beispiel die Sozialversicherung, zugrunde, die über die Lebenszeit eines Flüchtlings für den Staat anfallen. 70 Prozent der Flüchtlinge sind unqualifiziert, etwa 25 Prozent sogar Analphabeten. Unterstellen wir einmal, dass ein 35-jähriger Flüchtling nach fünf Jahren für einen Beruf qualifiziert ist. Wenn dieser dann mit 40 Jahren in den Arbeitsmarkt kommt, kann er niemals 45 Jahre lang Beiträge zahlen, um eine auskömmliche Rente zu erhalten. Soll heißen: Selbst bei einer Integration der Zuwanderer in den Arbeitsmarkt innerhalb von sechs Jahren belaufen sich die Zusatzkosten langfristig auf 900 Milliarden Euro. Allerdings möchte ich herausstellen, dass auch ein inländischer Hartz-IV-Empfänger genauso viele Kosten induziert, denn er zahlt nie im Leben das in die Sozialkassen ein, was er an Transferleistungen zurückbekommt.

# Schockprognose: 900 Milliarden Euro Staatsausgaben befürchtet

**Bernd Raffelhüschen plädiert für ein Einwanderungsbegrenzungs-gesetz, um eine fiskalische Dividende zu erreichen**



? Mit welchen Kosten ist denn zu rechnen, sollte die Integration in den Arbeitsmarkt nicht innerhalb von sechs Jahren gelingen?

**Bernd Raffelhüschien:** Sollte die Qualifikation und Integration in den Arbeitsmarkt mehr Zeit benötigen, fallen die Kosten deutlich höher aus.

? Sollte die Integration in den Arbeitsmarkt innerhalb von sechs Jahren gelingen, gehen Sie dennoch von dauerhaften Kosten von 17 Milliarden Euro pro Jahr für den deutschen Steuerzahler aus. Wie das?

**Bernd Raffelhüschien:** In dieser Berechnung haben wir nicht die gesamte Zuwanderung erfasst, sondern nur die Kosten, die unmittelbar aus der zusätzlichen Zuwanderung entstehen. Es geht hier um die rund 800 000 Personen, die der Einladung der deutschen Regierung gefolgt sind und bei denen die Ausgaben ähnlich zu beziffern sind, wie die für die in Deutschland bereits lebenden Flüchtlinge.

? Nun sprechen einige Ökonomen von einem Konjunkturprogramm durch den Flüchtlingsstrom und prognostizieren eine Erhöhung des Bruttoinlandsprodukts von 0,2 Prozent...

**Bernd Raffelhüschien:** Das ist eine Momentaufnahme. Dieser kleine Konjunkturboom



„Deutschland ist das einzige Einwanderungsland ohne Einwanderungsregeln“

hängt ausschließlich damit zusammen, dass der Staat Geld in die Hand nimmt. Er muss zum Beispiel neuen Wohnraum schaffen oder zusätzliche Lehrer und Sozialarbeiter einstellen.

? Die Bundesregierung behauptet, dass die Integration der Flüchtlinge auch ohne zusätzliche Steuererhöhungen zu stemmen sei. Halten Sie das für realistisch?

**Bernd Raffelhüschien:** Es ist doch unstrittig, dass der Flüchtlingsstrom Geld kostet. Wenn wir das Konjunkturniveau und die Steuereinnahmen auf dem heutigen historisch hohen Niveau halten könnten, wäre die Finanzierung der Flüchtlingskrise sicher kein Problem. Aber davon gehe ich nicht aus. Wir erleben zurzeit eine historische

Ausnahmesituation. Aber bereits bei durchschnittlichen Steuereinnahmen wären die Kosten für die Flüchtlinge schon nicht mehr ohne Steuererhöhungen oder einer zusätzlichen Staatsverschuldung zu finanzieren.

? Könnte ein Einwanderungsgesetz zur Entschärfung der jetzigen Situation beitragen? Was müsste in einem solchen Einwanderungsgesetz festgeschrieben werden?

**Bernd Raffelhüschien:** Ich würde das Einwanderungsgesetz besser Einwanderungsbegrenzungsgesetz nennen wollen. Jedes

Land der Welt unterscheidet zwischen den Personen, die es braucht und denen, die es nicht braucht. Die Vereinigten Staaten, Kanada oder Australien kämen nie auf die Idee, Menschen einwandern zu lassen, die nicht in der Lage sind, ihre eigene Existenz zu sichern. Länder mit festen Einwanderungsregeln haben seit vielen Jahren großen Erfolg. Wenn man nur diejenigen ins Land lässt, die man braucht, kann Zuwanderung einen durchaus positiven Einfluss haben. Nur im Gegensatz zu anderen Einwanderungsländern mit staatlichen Regeln ist Deutschland das einzige Einwanderungsland ohne Einwanderungsregeln. Würde auch in Deutschland Zuwanderung durch ein entsprechendes Gesetz gesteuert, ließe sich ohne weiteres eine fiskalische Dividende erreichen, weil die neuen Bürger mehr einzahlen als sie uns kosten würden. ■



Mit Prof. Dr. Bernd Raffelhüschien sprach Rita Seiler

# Murmann: Chancengleichheit für Selbstständige

## BDS fordert Gleichbehandlung in der gesetzlichen Krankenkasse

Seit mehreren Jahren fordern der Bundesverband der Selbständigen und die Bundesvereinigung mittelständischer Unternehmer, die Ungleichbehandlung von Selbstständigen und Arbeitnehmern bei der Beitragsbemessung der gesetzlichen Krankenkassen aufzuheben. Dieser „Ruf nach Gerechtigkeit“ wurde nun auch bundesweit durch die Medien aufgegriffen. So hatte BDS-Vizepräsident Hans-Peter Murmann die Gelegenheit, im Hörfunkprogramm von Radio Berlin-Brandenburg und in der Nachrichtensendung von RTL Aktuell die Position und damit die Argumente des Verbandes ausführlich darzustellen.

Murmann machte deutlich, dass bei einem Nettoeinkommen von 1.000,00 Euro Selbstständige in der gesetzlichen Krankenversicherung zwischen 24,6 Prozent und 27,1 Prozent für ihre Gesundheitsvorsorge aufbringen müssten, während ein Arbeitnehmer nur 14,1 Prozent bis 15 Prozent minus Arbeitgeberanteil von sieben Prozent bezahle.

Es sei nicht einzusehen – so Murmann gegenüber RTL Aktuell –, dass beim Selbstständigen die Basis der Beitragsbemessungsgrenze bei 4.350,00 Euro monatlich liege. Daher fordere der Verband, eine Min-



BDS-Vizepräsident Hans-Peter Murmann erläutert die Haltung des Verbandes für die Nachrichtensendung RTL Aktuell

destbeitragspflicht für einkommensschwache Selbstständige analog des Satzes für sonstige Personen ohne Einkommen und eine Einstufung bei der Beitragsbemessung, die auf realen Einnahmen, vergleichbar mit dem Umsatzsteuerverfahren, basieren.

Außerdem unterstrich Murmann, dass es der Beitragsgerechtigkeit entspreche, nicht nur Nachforderungen bei erhöhten Einkünften zu erheben, sondern auch Erstattungen bei zu hoch angesetzten Vorauszahlungen vorzunehmen. A.S. ■

### Der Verkauf im Onlinegeschäft boomt

Daher ist das Vermarkten und Verkaufen Ihrer Produkte im Internet unumgänglich. Durch das richtige Gesamtkonzept, passend zum Unternehmen, können Ihre Ansprüche und Bedürfnisse in einem Online-Shop abgedeckt werden. So steht Ihrem Erfolg nichts im Wege.

### Jetzt kostenloses Angebot anfordern!

MEHR ALS NUR EINE WERBEAGENTUR!



(0231) 33874133

(0231) 33896183

info@k6-medien.de



## ONLINESHOPS



## SHOPSYSTEME

Grafik | Print | Softwarelösungen | Web | Business View | IT-Solution

www.k6-medien.de






# BDS.

## Großabnehmerrabatt für BDS-Mitglieder

# Abrufschein für Kfz-Neuwagen zu Sonderkonditionen der Marke Toyota anfordern

Bitte senden Sie mir einen Abrufschein unter der von mir eingetragenen Firmenadresse und meinem Namen zu. Weitere Sonderkonditionen für Kraftfahrzeuge und für andere Produkte und Dienstleistungen finden Sie im geschütztem Bereich unter:  
[www.bds-dgv.de](http://www.bds-dgv.de).

Bitte ankreuzen:

-  Von 18% (Lexus RX) bis zu 34% (ProAce) Nachlass je nach Fahrzeugmodell

Sie können den gewünschten Abrufschein anfordern unter:  
Telefon: 0 30 / 28 04 91-0 · Telefax: 0 30 / 28 04 91-11 · E-Mail: [info@bds-dgv.de](mailto:info@bds-dgv.de)

- Ich bin BDS-Mitglied. Mitgliedsnummer (falls zur Hand) \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_  
Vorname/Nachname

\_\_\_\_\_  
Straße

\_\_\_\_\_  
Firma

\_\_\_\_\_  
PLZ/Ort

\_\_\_\_\_  
E-Mail/Telefon

\_\_\_\_\_  
Datum/Unterschrift

# Nichtige Werkverträge

## Keine Ansprüche bei nachträglicher Vereinbarung von Schwarzarbeit

**D**er u.a. für das Werkvertragsrecht zuständige VII. Zivilsenat des Bundesgerichtshofs hat seine Rechtsprechung zur Unwirksamkeit von Werkverträgen fortgeführt, die gegen § 1 Abs. 2 Nr. 2 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes (SchwarzArbG) verstoßen (Mitteilung des Bundesgerichtshofs (BGH) vom 16.03.2017 zu seinem Urteil vom selben Tage, Az. VII ZR 197/16).

### Sachverhalt und Prozessverlauf

Der Kläger begehrt vom Beklagten Rückerstattung geleisteten Werklohns in Höhe von 15.019,57 Euro, nachdem er wegen Mängel der Arbeiten (Entfernung des alten sowie Beschaffung und Verlegung eines neuen Teppichbodens in seinem privaten Wohnhaus) den Rücktritt vom Vertrag erklärt hat.

Die Klage ist in den Vorinstanzen abgewiesen worden.

Das Berufungsgericht hat festgestellt, dass die Parteien zunächst einen Vertrag über die Arbeiten zum Preis von 16.164,38 Euro geschlossen haben. Kurze Zeit später habe man sich dann geeinigt, dass der Beklagte eine Rechnung lediglich über einen Betrag von 8.619,57 Euro erstellt. Weitere 6.400 Euro sollten in bar gezahlt werden. Den Betrag der so erstellten Rechnung überwies der Kläger; weitere – in der Höhe streitige – Zahlungen leistete er in bar.

Das Berufungsgericht hat ausgeführt, der Vertrag sei wegen Verstoßes gegen § 1 Abs. 2 Nr. 2 SchwarzArbG nichtig, § 134 BGB. Deshalb habe der Kläger keine Mängelansprüche und könne Rückzahlung weder aus Rücktritt noch aus ungerechtfertigter Bereicherung verlangen.

Mit der vom Berufungsgericht zugelassenen Revision verfolgt der Kläger seinen Antrag weiter.



Bei einer (auch nur teilweisen) „Ohne-Rechnung-Abrede“ ist ein Werkvertrag nichtig

### Die Entscheidung des Bundesgerichtshofs

Der Bundesgerichtshof hat die Entscheidungen der Vorinstanzen bestätigt.

Der Bundesgerichtshof hat bereits in mehreren Urteilen seit 2013 entschieden, dass bei einer (auch nur teilweisen) „Ohne-Rechnung-Abrede“ ein Werkvertrag nichtig ist, wenn die Parteien bewusst gegen § 1 Abs. 2 Nr. 2 SchwarzArbG verstoßen, indem sie vereinbaren, dass für eine Barzahlung keine Rechnung gestellt und keine Umsatzsteuer gezahlt werden sollte (vgl. § 14 UStG). In solchen Fällen bestehen keine gegenseitigen Ansprüche der Parteien, weder Mängelansprüche noch Rückzahlungsansprüche des Bestellers noch Zahlungsansprüche des Werkunternehmers (BGH, Urteile vom 1. August 2013 – VII ZR 6/13; vom 10. April 2014 – VII ZR 241/13; vom 11. Juni 2015 – VII ZR 216/14, vgl. Pressemitteilungen vom 1. August 2013, vom 10. April 2014 und vom 15. Juni 2015).

Er hat nunmehr entschieden, dass diese Grundsätze in gleicher Weise gelten, wenn ein zunächst nicht gegen ein gesetzliches Verbot verstoßender Vertrag nachträglich durch eine „Ohne-Rechnung-Abrede“ so abgeändert wird, dass er nunmehr von dem Verbot des § 1 Abs. 2 Nr. 2 SchwarzArbG erfasst wird. ■

### Rückfragen:

Jens Klarmann, Rechtsanwalt  
 Fachanwalt für Arbeitsrecht  
 Passau, Niemeyer & Kollegen  
 Walkerdamm 1, 24103 Kiel  
 Tel: 0431 – 974 300  
 Fax: 0431 – 974 3099  
 Email: j.klarmann@pani-c.de  
 www.pani-c.de

Der Autor ist Mitglied der Deutschen Anwalts- und Steuerberatervereinigung für die mittelständische Wirtschaft e.V.

## IMPRESSUM

### Der Selbständige

ISSN 0946-3224  
 Offizielles Organ des Bundesverbandes der Selbständigen/Deutscher Gewerbeverband  
 Hrgs: Bundesverband der Selbständigen – Reinhardtstrasse 35, 10117 Berlin  
 Telefon (030) 280491-0/Fax -11  
 Redaktion: Joachim Schäfer (verantwortlich), Thomas Brüggemann, Anita Schäfer  
 Fotos: BDS/Archiv

Layout & © Titel: Joachim Schäfer  
 Erscheinungsweise: 10 x jährlich  
 Gerichtsstand und Erfüllungsort: Berlin

Bezugsbedingungen:  
 Die Zustellung des E-Papers ist durch den Mitgliedsbeitrag zum BDS abgegolten. Bei Nichterscheinen des E-Papers infolge höherer Gewalt bestehen keine Ersatzansprüche.  
 © by: Bundesverband der Selbständigen

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte, Vorlagen und Zeichnungen übernehmen wir keine Gewähr. Die Urheberrechte an Annoncen (bei eigener Gestaltung), Entwürfen, Fotos und Vorlagen sowie der gesamten grafischen Gestaltung bleiben Bundesverband der Selbständigen und dürfen nur mit ausdrücklicher, schriftlicher Genehmigung weiterverwendet werden.  
 Briefe und Manuskripte an:

Bundesverband der Selbständigen – Reinhardtstrasse 35, 10117 Berlin  
 Telefon (030) 280491-0/Fax -11  
 Internet: www.bds-dgv.de  
 E-Mail: info@bds-nrw.de

**Hinweis:** In allen Fällen, in denen die neue Rechtschreibung mehrere Schreibweisen zulässt, wird die von der Dudenredaktion empfohlene Schreibung angewandt.





TOYOTA

NICHTS IST  
UNMÖGLICH



## DER AVENSIS TOURING SPORTS. STIL. SICHERER. GESCHÄFTSPARTNER.

Serienmäßig sicher mit Toyota Safety Sense und Pre-Collision-System.

Exklusive Leasing Sonderkonditionen für bezugsberechtigte Mitglieder des Bundesverbandes der Selbständigen.

# BDS.

Bundesverband der Selbständigen

Toyota **Business**  
**Plus**

0,- €\*

Leasingsonderzahlung

**TOYOTA  
SERVICE  
LEASING**

**290 €\*** Monatlich

Technik-Service-Rate **17,16 €\*\*\***  
(Wartung und Verschleißreparaturen).

### AVENSIS TOURING SPORTS EDITION-S

- 17"-LEICHTMETALLFELGEN
- NAVIGATIONSSYSTEM TOYOTA TOUCH&GO2
- RÜCKFAHRKAMERA • 4,2"-TFT-MULTI-INFO-FARBDISPLAY
- KLIMAAUTOMATIK • SITZHEIZUNG VORNE
- SMART-KEY-SYSTEM
- TOYOTA SAFETY SENSE U.A. MIT PRE-COLLISION SYSTEM

- ELEKTRISCHE FENSTERHEBER VORNE UND HINTEN
- AUSSENSPIEGEL, ELEKTRISCH EINSTELL- UND BEHEIZBAR
- DACHREILING • 7 AIRBAGS (INKL. KNIEAIRBAG FÜR FAHRER)
- LENDENWIRBELSTÜTZE FÜR FAHRER, ELEKTRISCH EINSTELLBAR
- USB-SCHNITTSTELLE MIT IPOD-STEUERUNG
- VOLL-LED-SCHEINWERFER • LED-TAGFAHRLICHT
- RÜCKSITZLEHNE IM VERHÄLTNISS 60:40 GETEILT UMKLAPPBAR

\*Unser Toyota Service Leasing Angebot<sup>1</sup> für den Avensis Touring Sports Edition-S 2,0-I-D-4D, 6-Gang-Schaltgetriebe. Leasingsonderzahlung 0,00 €, Vertragslaufzeit 36 Monate, Gesamtlauflistung 60.000 km, 36 mtl. Raten à 290,34 €, Technik-Service-Rate à 17,16 €. Kraftstoffverbrauch Avensis Touring Sports Edition-S 2,0-I-D-4D, 6-Gang-Schaltgetriebe, innerorts/außerorts/kombiniert 5,7/4,0/4,6l/100 km, CO<sub>2</sub>-Emissionen kombiniert 120 g/km. Abbildung zeigt Sonderausstattung.

<sup>1</sup> Ein **unverbindliches** Angebot der Toyota Leasing GmbH, Toyota-Allee 5, 50858 Köln. Entsprechende Bonität vorausgesetzt. Monatliche Leasingrate inklusive Technik-Service (Wartung und Verschleißreparaturen). **Gilt bei Anfrage und Genehmigung bis zum 28.02.2017**. Alle Angebotspreise verstehen sich auf Basis der **unverbindlichen Preisempfehlung** der Toyota Deutschland GmbH, Toyota-Allee 2, 50858 Köln, per Dezember 2016, zzgl. MwSt., zzgl. Überführung. Diese Aktion gilt nur für BDS Mitglieder in Verbindung mit einem gültigen Abrufschein des Toyota Rahmenabkommens Nr: 000272.



# „Beitragsbemessung für Selbständige an den tatsächlichen Einnahmen orientieren...“



**E**r ist Vorsitzender der FDP/DVP-Landtagsfraktion und stellvertretender Landesvorsitzender der FDP/DVP Baden-Württemberg. Dr. Hans-Ulrich Rülke war letztes Jahr Spitzenkandidat der FDP/DVP für die Landtagswahl. Er kritisiert die Politik der Landesregierung in zahlreichen Punkten, die auch den Mittelstand betreffen. Wir haben ihn für das BDS-Magazin interviewt:

## 1. Was halten Sie von der vorgeschlagenen Citymaut für Stuttgart?

Eine City-Maut lehne ich dezidiert ab. Sie würde insbesondere den gewerblichen Verkehr und die Berufspendler erheblich belasten und den Wirtschaftsstandort Stuttgart schwächen.

## 2. Wie würden Sie das Feinstaubproblem in Stuttgart lösen? Was halten Sie von der Einführung einer blauen Plakette?

Die blaue Plakette mit Feinstaub in Verbindung zu bringen ist ein gewaltiger Trugschluss des grünen Verkehrsministers Hermann. Seit Euro 5 fahren Diesel praktisch partikelfrei. Da bringt eine blaue Plakette ab Euro 6 rein gar nichts. Feinstaub stammt nur zu 7 Prozent aus Verkehrsabgasen, Tendenz abnehmend. Unterschiede gibt es lediglich bei Stickoxiden. Wir setzen hier auf den technischen Fortschritt. Durch Euro 6d wird sich das Stickoxid-Problem genauso in Luft auflösen, wie das mit der Ozon-Problematik seinerzeit war. Stuttgart braucht aber auch ein leistungsfähiges Straßennetz. Es ist ein Unding, den

Durchgangsverkehr durch die Innenstadt zu leiten, weil es beispielsweise aus dem Remstal kommend zur A 8 keine andere Route gibt.

## 3. Welche Themen sollte die Landesregierung als wichtigste Mittelstands-Themen vorrangig angehen?

Die Landesregierung muss leider immer wieder auf die Funktion des Mittelstands als Rückgrat der baden-württembergischen Wirtschaft hingewiesen werden. Wir bearbeiten umfassend Themen und fordern die Verantwortlichen. Schwerpunkte unserer Arbeit in diesem Zusammenhang sind Fachkräfte und (Aus)Bildungsvoraussetzungen, eine solide Steuer- und Haushaltspolitik, eine transparentere und anwendungsfreundlichere Unterstützung im Gründer- und Betriebsnachfolgebereich, Vermeidung bürokratischer Zumutungen auf allen Ebenen sowie eine echte Verbesserung der Infrastruktur bei Verkehr und Internet am Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg. Diese Bereiche werden von uns mit einer <großen Anzahl von parlamentarischen Initiativen vorangebracht.

## 4. Wie stehen Sie zu der Beitragsungerechtigkeit zwischen Selbständigen und Angestellten in der gesetzlichen Krankenkasse? (Im letzten Magazin und auf der Homepage haben wir unsere Pressemitteilung dazu veröffentlicht.)

Aus gutem Grund haben wir Freien Demokraten in unserem Entwurf für das Programm zur Bundestagswahl am 24. September auf Seite 42 festgeschrieben: „In der Gesetzlichen Krankenversicherung wollen wir die Beitragsbemessung für Selbständige an den tatsächlichen Einnahmen orientieren – alles andere ist unfair.“ Und im Weiteren heißt es: „Jede Bürgerin und jeder Bürger soll frei und unabhängig vom Einkommen wählen können, ob sie oder er sich für den Versicherungsschutz bei der gesetzlichen Krankenversicherung oder bei einem Anbieter der privaten Krankenversicherung entscheidet.“

## 5. Wir sind der Meinung, die VOB-Richtlinien gehören dringend überarbeitet, das Schweizer Mittelwertsmodell sehen wir als Verbesserungsvorschlag an, um verstärkt wieder unseren regionalen Mittelstand bei der Auf-



tragsvergabe zu berücksichtigen. Bei einer Umsetzung der EU-Richtlinien in der Landesvergabe-Ordnung müsste nicht zwingend das billigste Gebot berücksichtigt werden. Wie sehen Sie das?

Zur Verbesserung der Vergabekriterien bei öffentlichen Aufträgen hat die FDP-Fraktion Mitte März einen Antrag in den Landtag eingebracht. Schwerpunkt dieses Antrags ist die Zusammenarbeit von Bund und Ländern bei der Unterschwellenvergabeordnung. Darüber hinaus erwarten wir von der Landesregierung brauchbare Vorschläge, wie unter Einhaltung des EU-Rahmens weitere Kriterien bei der Vergabe öffentlicher Aufträge eingeführt werden können. Die momentane Dominanz der Billigangebote führt nicht nur zur Verdrängung mittelständischer und örtlicher Anbieter, sondern erweist sich für die Öffentliche Hand auch oft als Problem bei Folgekosten und Haftungsfragen. Erfahrungswerte aus der Schweiz, Österreich und anderen Bundesländern könnten hier herangezogen werden. Leider beschränkt sich die Kreativität der Landesregierung bei öffentlichen Vergabeverfahren augenblicklich auf die in der Praxis nur schwer durchsetzbare Kontrolle und Dokumentation des Lohnniveaus bei Lieferketten.

## 6. Wie stehen Sie zum Thema Zwangseingliederung der Selbstständigen in die staatliche Rentenversicherung?

Von Zwangsmaßnahmen halte ich rein gar nichts. Wir treten für eine flexible Alterssicherung nach dem Baukastenprinzip ein. Um der Gefahr zukünftiger Altersarmut wirksam vorbeugen zu können, sollen Selbstständige für eine Basisabsicherung im Alter vorsorgen. Die Gefahr zukünftiger Altersarmut besteht für Selbstständige nicht weniger als für abhängig Beschäftigte, gerade kleine Gewerbetreibende oder Freelancer ohne Angestellte (oft als „Solo-Selbstständige“ bezeichnet) können genauso davon betroffen sein. Selbstständige sollen daher im Rahmen einer allgemeinen Pflicht zur Vorsorge für das Alter vorsorgen müssen, dabei jedoch die Freiheit haben, die Form ihrer Vorsorge selbst zu wählen. Sie können entscheiden, ob sie privat etwa im Rahmen einer steuerlich geförderten Basisrente oder freiwillig in der gesetzlichen Rentenversicherung für das Alter vorsorgen. Ein umfassendes Wahl- und Gestaltungsrecht bei der Vorsorgeform umfasst neben Rentenversicherungsverträgen auch Fonds, Immobilien und Betriebsvermögen. Aus dem Betriebsvermögen sollen Unternehmer hierfür anerkannte Rückstellungen bilden können.

## 7. Wie ist Ihre Meinung zur Nullzinspolitik der EZB, insbesondere im Hinblick auf Renten und Pensionen?

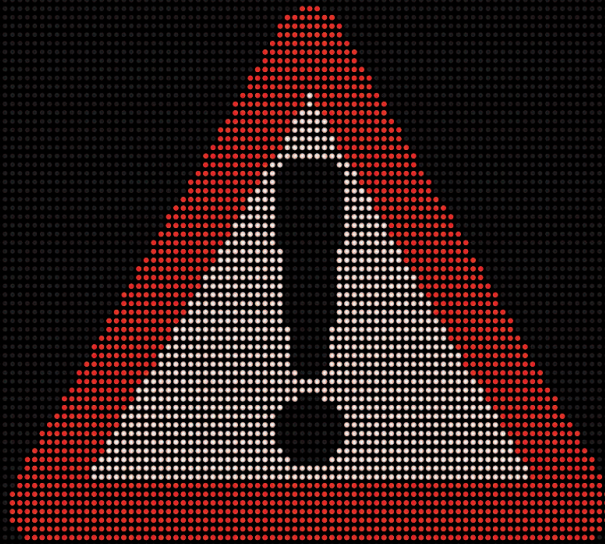
Die Politik der künstlichen Niedrigzinsen der EZB muss ein Ende haben, um private Vorsorge in Form von kapitalgedeckten Rentenversicherungen und Ersparnissen nicht weiter von anderer Seite zu belasten.

## 8. Was halten Sie von einem Sonntagsverkauf dreimal pro Jahr ohne Anlassbezogenheit, also generell drei verkaufsoffenen Sonntagen?

Zur Frage des Sonntagsverkaufs brachte die FDP-Fraktion im Januar einen ausführlichen Antrag ein. Die Antwort der Landesregierung und die darauf folgende Diskussion im Wirtschaftsausschuss zeigen, dass ein Änderungsbedarf der augenblicklichen Regelung nicht gesehen wird. Die Voraussetzungen für verkaufsoffene Sonntage sind vor Ort sehr unterschiedlich. Es ist aus unserer Sicht sinnvoll, die Hürde der Anlassbezogenheit abzuschaffen und für eine verlässliche und flexible Regelung zu sorgen, bei der vor Ort über die Anzahl in einem gewissen vorgegebenen Rahmen entschieden werden soll. ■

# Der BDS im Internet: [www.bds-bw.de](http://www.bds-bw.de)

# Feinstaub-Alarm



Quelle: fotolia

## Stuttgarter Feinstaub und Fahrverbote – Wie geht es weiter?

### BDS Kreisverband Stuttgart setzt sich für lokale Wirtschaft im „Forum Luftreinhaltung“ ein

In Stuttgart werden die Grenzwerte für Feinstaub und Stickstoffdioxid seit Langem überschritten. Daher plant die Landesregierung ab 1. Januar 2018 an Tagen mit Feinstaubalarm im Stuttgarter Talkessel und in den Stadtteilen Feuerbach und Zuffenhausen Fahrverbote einzuführen. Die örtliche Wirtschaft befürchtet gravierende negative Folgen.

Reinhold Uhl, Vorsitzender des BDS Kreisverbands Stuttgart, nahm daher am 6. April beim „Forum Luftreinhaltung“ des Verkehrsministeriums teil, um sich für die lokale Wirtschaft bei der Ausgestaltung des 3. Stuttgarter Luftreinhaltungsplans einzusetzen. Vertreter von Wirtschaft und Politik thematisierten hier insbesondere die Ausnahme-genehmigungen für die Unternehmen.

„Es dürfen aufgrund der geplanten Maßnahmen der Landesregierung keine finanziellen Belastungen und Einschränkungen auf die örtliche Wirtschaft zukommen“, stellte Reinhold Uhl klar. Der Standort

muss, nach Ansicht des BDS, trotz Maßnahmen gegen die Feinstaubwerte für die Wirtschaft attraktiv bleiben.

Im Forum Luftreinhaltung arbeiteten die Teilnehmer vorgesehene Ausnahmen für die Verkehrsbeschränkungen aus. So gibt es Übergangsregelungen bis zum Zeitpunkt der Einführung der Blauen Umweltzone vor allem für den Lieferverkehr (u.a. Fahrten von Handwerkern und Baufahrzeugen als Werkstattwagen oder zum Transport von Werkzeugen/Material) und Reisebusse, Omnibusse im Linienverkehr, Einsatz-, Hilfs- und Versorgungsfahrzeuge des ÖPNV sowie Taxen.

Ausnahmen der Fahrverbote gibt es nach § 1 Absatz 2 der 35. BimSchV unter anderem für: die Versorgung des Lebensmittel-einzelhandels, von Apotheken, Altenheimen, Krankenhäusern und vergleichbaren öffentlichen Einrichtungen, Fahrten für soziale und pflegerische Hilfsdienste, Fahrten zum Erhalt und zur Reparatur betriebsnotwendiger technischer Anlagen, Existenzgefährdung,

insbesondere bei Kleinbetrieben wie z.B. Privatfahrschulen, Menschen mit Behinderung, medizinische Notfälle sowie notwendige regelmäßige Arztbesuche, Fahrten von Schichtdienstleistenden, die nicht auf den ÖPNV ausweichen können.

Unter generelle Ausnahmen nach Anhang 3 der 35. BimSchV fallen u.a. mobile Maschinen und Geräte, Arbeitsmaschinen, land- und forstwirtschaftliche Zugmaschinen, zwei- und dreirädrige Kraftfahrzeuge, Krankenwagen, Arztfahrzeuge mit entsprechender Kennzeichnung „Arzt Notfalleinsatz“, Fahrten von Menschen mit Behinderung, Fahrzeuge mit Sonderrechten nach § 35 StVO, zivile Kfz zur Erfüllung hoheitlicher Aufgaben der Bundeswehr und Oldtimer mit entsprechendem Kennzeichen nach Fahrzeug-Zulassungsverordnung.

Weitere Informationen über die Ergebnisse des Forums Luftreinhaltung sind auf der Internetseite des BDS Kreisverbands Stuttgart nachzulesen. ■



# 30-jähriges Jubiläum und 10. Gewerbe-Leistungsschau des GV Schemmerhofen

**Zum zehnten Mal lud der Gewerbeverein Schemmerhofen im BDS e.V. in und rund um die Mühlbachhalle zur Leistungsschau ein**

Am Samstagnachmittag konnte die Vorsitzende Petra Dicke zahlreiche geladene Gäste sowie die rund 50 Aussteller zur Eröffnungsfeier begrüßen. In ihrer Begrüßungsrede sagte Petra Dicke: „Ein besonderer Gruß geht an die Hauptpersonen einer so großen Veranstaltung, an Sie, liebe Aussteller, Sie präsentieren Ihre Firma, Ihren Betrieb, präsentieren Ihre neuesten Techniken und Ideen heute und morgen hier einem breiten Publikum, nach dem Motto „Gemeinsam sind wir stark“. Unter anderem begrüßte sie den Präsidenten des BDS Baden-Württemberg und des Bundesverbandes der Selbständigen Günter Hieber sowie den BDS-Verbandsvorsitzenden des Regierungsbezirks Süd-Württemberg, Markus Dünkel, und den Kreisvorsitzenden Alb-Donau, Dietrich Zieher. Stellvertretend für den Gewerbeverein Schemmerhofen hieß sie den Ehrengast Hans Rapp herzlich willkommen.

Bürgermeister Mario Glaser freute sich über seine zweite Gewerbeschau, die er als Schirmherr miterleben dürfe. Er sagte in seiner Begrüßungsrede: „Dies ist wahrlich ein Grund zum Feiern und wenn man seit bereits einer Woche sieht, welche Geschäftigkeit besteht rund um die Mühlbachhalle, wie dort gewuselt und gearbeitet wird, welche Vorbereitungen bereits seit Wochen und Monaten laufen für dieses Wochenende, dann kann man ermessen, wieviel Arbeit, Mühe und Schweiß in der Vorbereitung dieser Gewerbeschau steckt.“ Daraus könne man ersehen, dass es keine Selbstverständlichkeit ist, eine solche Leistungsschau auf die Beine zu stellen, sich derart professionell zu präsentieren und dabei Aushängeschild zu sein für die gesamte Gemeinde Schemmerhofen. Dieses Jahr gebe es am Infostand der Gemeinde ein Jubiläumssquiz, an welchem Jung und Alt teilnehmen können, um Fragen rund um die größte und wie der Bürger-



Die Gründungsmitglieder des GV Schemmerhofen wurden geehrt

meister meinte, auch schönste Gemeinde des Landkreises Biberach zu beantworten.

Hierbei gebe es auch sehr attraktive Preise wie zum Beispiel den Hauptpreis, einen australischen Goldnugget, also eine Goldmünze mit einem Känguru darauf, gesponsert von der Kreissparkasse Biberach, an Mario Glaser überreicht durch Kurt Hardt im Wert von 1.300 Euro. Abschließend sagte Bürgermeister Glaser: „Ich bin stolz und wir alle können glücklich sein, dass wir ein so engagiertes, hochqualifiziertes, innovatives und vielfältiges Angebot an Handel, Gewer-

be und Dienstleistungen in unserer Gemeinde beheimaten dürfen.“

Ein ganz besonderer Dank gelte dem Gewerbeverein, insbesondere dem Ausschuss der Leistungsschau, dem Vorstand und an dessen Spitze Petra Dicke, die es wieder einmal meisterhaft verstanden hat, dieses Projekt zu stemmen. Dadurch dem Gewerbe der Gemeinde Schemmerhofen und darüber hinaus, mit seinen produzierenden, dienstleistenden, freischaffenden und kreativ wirkenden Betrieben und Einrichtungen eine beeindruckende Bühne zu bieten. Der Schirmherr wünschte allen einen guten Verlauf der Veranstaltung, guten Besuch den Ausstellern und vergnügliche und informative Stunden allen Besuchern. Abschließend bedankte sich Petra Dicke bei den Rednern, BDS-Präsident Günter Hieber, Landtagsabgeordneter Thomas Dörflinger und Bürgermeister Mario Glaser für ihre Grußworte, bei der Jugendkapelle des Musikvereins Schemmerhofen unter der Leitung von Jasmin Landtaler, beim Ehrengast Hans Rapp, bei der Schreinerei Lothar Müller und bei Anton Haid (Hallenaufbau seit 30 Jahren). Sie lobte vor allem die gute Zusammenarbeit mit dem Rathaus, besonders mit Hauptamtsleiter Alfons Link und Hausmeister Klaus Rieger. ■



BDS-Präsident Günter Hieber ehrte die 1. Vorsitzende Petra Dicke mit der silbernen Ehrennadel für ihre langjährige Mitarbeit im Bund der Selbständigen

# Herzlichen Glückwunsch!

## Manfred Setzer feierte 70. Geburtstag

Seinen 70. Geburtstag feierte am 21. März 2017 Manfred Setzer, BDS-Vorsitzender aus Rot am See. BDS-Geschäftsführer Otmar de Riz, Kreisvorsitzender Roland Lorenz und BDS-Urgestein Rolf Wankmüller überbrachten die Glückwünsche des BDS Landes- und Kreisverbands.

Manfred Setzer war zuvor über 30 Jahre in der Kommunalpolitik, davon 24 Jahre Bürgermeister in Rot am See. Er führte dabei einen großen Wasserverband, war Mitglied des Kreistages Schwäbisch Hall und des Regionalverbandes Heilbronn-Franken.

Wohnungsbau, Gewerbe, Dorfentwicklung, Ortskernsanierung, Ausbau von Ortsdurchfahrten, Erstellung des Bürgerhauses und der modernen Mehrzweckhalle FORUM waren wichtige Maßnahmen in seiner Amtszeit.

Als Bürgermeister hatte er schon immer einen guten Kontakt und ein Herz für die Mittelständler und schätzte deren Arbeits- und Ausbildungsplatz-Angebote. So war es nicht verwunderlich, dass er im Rahmen der bekannten Muswiese damals die Mittelstands-



Manfred Setzer

kundgebung maßgeblich mit eingeführt und geprägt hat.

Als späterer Vorsitzender des BDS Rot am See waren und sind ihm verschiedene Aktionen für die zwischenzeitlich 122 Mitglieder sehr wichtig: Jährlich bei der Muswiese eine Leistungsschau im Ausstellungszelt mit ca. 60 Standplätzen. Dazu auf der Aktionsbühne am BDS-Stand an allen 5 Tagen Angebote wie „Handwerk live“, „Promi-Kochen“ (z.B. Gerlinde Kretschmann), Weinpräsentation mit der Württ. Weinkönigin und natürlich die Mittelstandskundgebung mit bekannten Politikern. Alle 2 Jahre organisiert der BDS dazu einen „Tag der offenen Tür“ der Betriebe mit 2 Aktionsbühnen. Jährliche Ehrungen der Ausbildungsbetriebe und deren Lehrlinge, Ausflüge, Betriebsbesichtigungen und Vorträge runden das Angebot für die Mitglieder ab.

Wir sind ihm für seinen jahrelangen engagierten Einsatz für den BDS sehr dankbar und wünschen ihm für seine Zukunft stets eine hervorragende Gesundheit und alles erdenklich Gute!

### Erinnerung:

## 2017/2018 – Dominieren die Chancen? Folker Hellmeyer zu Gast beim BDS

Am 23. Juni 2017 um 18.30 Uhr ist Folker Hellmeyer, Chefanalyst der Bremer Landesbank und Herausgeber des Forex-Reports, bei unserer Veranstaltung in der Sparkassenakademie in Stuttgart zu Gast. Der BDS-Landesverband lädt seine Mitglieder zur hochkarätigen Veranstaltung mit dem Thema „2017/2018 – Dominieren die Chancen?“ herzlich ein. Folker Hellmeyer widmet sich komplexen Themen wie den aktuellen Disruptionen Brexit und Trump, die er als Chancen ansieht oder Europa, das besser aufgestellt ist, als es wahrgenommen wird. Die geopolitischen Risiken stellen für ihn einen latenten Belastungsfaktor für die Ökonomie und Prosperität dar. Diesen und zahlreichen weiteren Schwerpunkten geht Folker Hellmeyer an diesem Abend nach. Es wird also sehr interessant und abwechslungsreich.

BDS-Präsident Günther Hieber wird die Veranstaltung eröffnen und der Präsident des baden-württembergischen Sparkassenverbandes, Peter Schneider, hält ein Grußwort. Zum Abschluss treffen sich alle bei einem gemütlichen Get together mit leckerem Flying Buffet. BDS-Mitglieder zahlen 50 Euro, Nichtmitglieder 75 Euro.

Weitere Informationen entnehmen Sie der Homepage

[www.bds-bw.de](http://www.bds-bw.de)





# Aktuelle Termine der BDS-Orts- und Kreisverbände

02.06.2017	Leimen Aktiv: Spargeessen für Mitglieder
13.06.2017	RGV Rheinau: jour fix
13.06.2017	Gewerbeverein Keltern: Vorstandssitzung BDS Keltern
17.06.2017	Gewerbeverein Keltern: Frühlingsfest „Unter den Linden“
18.06.2017	GHV Hüttlingen: Verkaufsoffener Sonntag anlässlich der Muffigeltage
22.06.2017	BDS Stuttgart-Vaihingen-Rohr-Büsnau-Dachswald-Dürtlewang: BDS-Mitglieder stellen sich vor: Gastgeber Step Sports & Spa
23.06.2017	BDS Besigheim: Exkursion zum Restmüllheizkraftwerk Stuttgart-Münster
24.06. - 25.06.2017	BDS Malsch: Leistungsschau auf dem Mälscher Markt
27.06.2017	GHV Filderstadt-Bernhausen: Ausschusssitzung
28.06.2017	BDS Schwäbisch Hall: Unternehmerstammtisch
30.06.2017	Leimen Aktiv: Unternehmer treffen den OB
01.07.2017	BDS Dossenheim: Sommer-Vereinsfest
01.07.2017	BDS Königsbach-Stein e.V.: Lange Sommernacht
05.07.2017	BDS Besigheim: 23. Unternehmerfrühstück
07.07.2017	BDS Stadtverband Kirchheim unter Teck: BDS-Company-Cup
08.07. - 09.07.2017	BDS Bonlanden: Sai-Fescht und verkaufsoffener Sonntag
10.07.2017	BDS Schwäbisch Hall: Mitgliederversammlung
14.07. - 16.07.2017	BDS LE e.V.: Fleckabaatsch in Echterdingen
14.07. - 16.07.2017	Rheinauer Gewerbeverein e.V.: Stadtteilstadt Rheinau
16.07.2017	HGV Rosengarten e.V.: Kultur- und Bürgerfest
21.07.2017	GHV Hüttlingen: Langer Einkaufsabend bis 22 Uhr
21.07.2017	Leimen Aktiv: Generalversammlung
25.07.2017	Gewerbeverein Keltern: Vorstandssitzung BDS Keltern
25.07.-30.07.2017	Ortsverband Schrozberg: Open Air-Film Festival
29.07.2017	RGV Rheinau: Kartoffelfest - 30 Jahre Rheinauer Gewerbevereine Mannheim-Rheinau e. V.

Weitere Termine immer aktuell unter [www.bds-bw.de/termine](http://www.bds-bw.de/termine)

## IMPRESSUM

### Der Selbständige

Regionalteil Baden-Württemberg  
Präsident: RA Günther Hieber  
Hauptgeschäftsführer: RA Joachim W. Dörr  
Redaktion: Nadine Münch, Diplom Politik- &  
Kommunikationswissenschaftlerin  
Layout: Joachim Schäfer

Fotos und Grafiken: BDS Baden-Württemberg  
BDS Baden-Württemberg e.V., Taubenheim-  
straße 24, 70372 Stuttgart Bad Cannstatt  
Telefon 0711/95 46 68-0  
Fax 0711/95 46 68-33  
[www.bds-bw.de](http://www.bds-bw.de)  
E-Mail: [presse@bds-bw.de](mailto:presse@bds-bw.de)

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte,  
Vorlagen und Zeichnungen übernehmen wir  
keine Gewähr. Die Urheberrechte an Annon-  
cen (bei eigener Gestaltung), Entwürfen, Fotos  
und Vorlagen sowie der gesamten grafischen  
Gestaltung liegen bei K6 Medien/Alves, Dort-  
mund, und dürfen nur mit ausdrücklicher,

schriftlicher Genehmigung weiterverwendet  
werden.

**Hinweis:** In allen Fällen, in denen die neue  
Rechtschreibung mehrere Schreibweisen zu-  
lässt, wird die von der Dudenredaktion emp-  
fohlene Schreibung angewandt.

**Hand in Hand ist ...**

... nicht alleine dazustehen, wenn das Leben mal eine Verschnaufpause braucht.

Jetzt  
Angebot  
anfordern

**Hand in Hand ist ...**

**HanseMerkur**



Die Krankenversicherung, die zu Ihnen passt:  
Exklusive **BDS Sonderkonditionen**  
im Rahmenvertrag 2017

GESCHÄFTSSTELLENLEITER  
OLIVER KRÖTER

Nymphenburger Str. 13-15 · 80335 München  
Mobil 0179 4816065 · Fax 040 41199675876  
E-Mail [oliver.kroeter@hansemerkur.de](mailto:oliver.kroeter@hansemerkur.de)